An den
Sächsischen Staatsminister der Justiz
- Herrn Geert Mackenroth –
Hospitalstr. 7
01097 Dresden

Unser Zeichen:
222/08-2

Datum:
21. Mai 2008

4 Ds 240 Js 22693/05 – Amtsgericht Zittau
5a Ns 240 Js 22693/05 – Landgericht Görlitz
E 1402-39108 – Generalstaatsanwaltschaft Dresden

Sehr geehrter Herr Minister Mackenroth,

in dem oben angeführten Strafverfahren gegen

Andreas Reuter
Heidenreichstr.2
07263 Zittau

wegen des

Verdachts der Dienstflucht (§ 53 Abs. 1 ZDG)

beantrage ich, die von der StA Görlitz am 19.12.07 eingelegte und mit Schreiben vom 29.01.08 begründete Berufung gegen das Urteil des Amtsgerichts Zittau vom 14.12.07 zurückzunehmen bzw. die StA Görlitz im Wege einer Weisung gem. §§ 146, 147 Nr. 2 GVG zur Rücknahme des Rechtsmittels zu veranlassen.

Begründung:

Die StA Görlitz hat sich bei der Einlegung ihres Rechtsmittels unter den gegebenen Umständen nachweislich von sachfremden Erwägungen leiten lassen. Die Anfechtung des amtsrichterlichen Urteils durch die Berufung der StA dient lediglich der Verhinderung der vom Angeklagten begehrten revisionsrechtlichen Überprüfung des Urteils, widerspricht Nr. 147 Abs. 1 S. 3 und 4 RiStBV und stellt eine klare Verletzung des Legalitätsprinzips in Form des Missbrauchs eines Rechtsmittels dar. In dem oben angeführten Strafverfahren hatte der Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft – OStA Behrens – in der Hauptverhandlung vom 14.12.07 eine Freiheitsstrafe von drei Monaten, die (auf zwei Jahre) zur Bewährung ausgesetzt werden sollte, beantragt. Demgegenüber wurde mit Urteil des Amtsgerichts Zittau eine Freiheitsstrafe von zwei Monaten mit Bewährung (auf drei Jahre) verhängt. Der Verurteilung vorausgegangen war ein Verfahren, das durch wiederholte massive Verletzungen von in der Strafprozessordnung verankerten – und darüberhinaus größtenteils verfassungsrechtlich abgesicherten – Rechten des Beschuldigten durch das zuständige Amtsgericht Zittau gekennzeichnet war. Bereits im Vorfeld der Hauptverhandlung waren mehrfach Anträge der Verteidigung teilweise über Monate hinweg verzögert bearbeitet oder gar völlig ignoriert worden. Exemplarisch genannt sei hier lediglich ein Antrag der durch den Angeklagten gewählten Personen seines Vertrauens, gem. § 138 Abs. 2 StPO als Wahlverteidiger zugelassen zu werden, über den zunächst über 7 Monate hinweg überhaupt nicht, und anschließend – bei gleichzeitig zeitnah festgesetztem Hauptverhandlungstermin – nur völlig unvollständig entschieden wurde, indem (ohne jede Begründung hierfür) lediglich einer der drei gewählten Personen die Zulassung erteilt worden war. Erst eine Woche vor angesetztem Hauptverhandlungstermin wurde die fehlende Entscheidung in Form einer Ablehnung der weiteren Verteidiger nachgeholt, der Termin aber gleichwohl aufrechterhalten. Diese Entscheidung ist später durch das Landgericht Görlitz korrigiert worden, indem die Zulassung im Wege der Beschwerdeentscheidung erteilt wurde. Gleichzeitig war auf einen Antrag der Verteidigung, Akteneinsicht zu erhalten, durch das Gericht – trotz mehrfachen Hinweises – bis zwei Tage vor anvisiertem Hauptverhandlungstermin Ende 2006 überhaupt nicht reagiert worden.

In der ein Jahr später stattfindenden Hauptverhandlung vom 12.12.07 waren auf Anweisung des Vorsitzenden ohne jeden Anlass massive sitzungspolizeiliche Maßnahmen in Form von sechs uniformierten und schwerbewaffneten Beamten der Bereitschaftspolizei ergriffen worden, die teilweise mit schusssicherer Weste ausgerüstet waren und in unmittelbarer Nähe des Angeklagten in der ersten Reihe des Sitzungssaales vom Richter postiert wurden. Da dies in einem Verfahren gegen einen Totalen Kriegsdienstverweigerer, der sich für seine Gewissensentscheidung ausdrücklich auf seine gewaltfreie Grundeinstellung beruft, nur noch als offene Provokation gegenüber dem Angeklagten aufgefasst werden konnte, war der Vorsitzende wegen der Besorgnis der Befangenheit abgelehnt worden. Die Verhandlung

wurde unterbrochen und ein Fortsetzungstermin für den 14.12.07 bestimmt. Zu Beginn dieser Fortsetzungsverhandlung verkündete der Vorsitzende zwei Beschlüsse: Mit dem ersten Beschluss wurde der Ablehnungsantrag – unter deutlichem Eintritt in die Begründetheitsprüfung und damit klarer Überschreitung der Entscheidungskompetenz des Richters – gem. § 26a Abs. 1 Nr. 3 StPO („Verschleppungsabsicht“) als unzulässig verworfen, wodurch sich der Vorsitzende zum „Richter in eigener Sache“ machte. Mit dem zweiten Beschluss wurde den Verteidigern überraschend die Zulassung entzogen. Der Antrag des Angeklagten, die Verhandlung zwecks Neuorganisation seiner Verteidigung zu unterbrechen, wurde abgelehnt. Ohne dem Angeklagten, der sich nun völlig unvorbereitet in der Situation befand, die Hauptverhandlung unverteidigt bestreiten zu müssen, auch nur eine Minute Gelegenheit zu geben, sich auf diese neue Verfahrenssituation einzustellen, wurde die Hauptverhandlung gegen Herrn Reuter innerhalb der nächsten 25 Minuten zum Abschluss gebracht.

Gegen dieses Urteil des Amtsgerichts hat der Angeklagte das Rechtsmittel der Revision eingelegt, mit der in erster Linie die – unbestreitbar vorliegenden – schwerwiegenden Verfahrensmängel geltend gemacht werden. Gleichzeitig hat die StA Görlitz gegen das Urteil Berufung eingelegt. Die Rechtsmittelschrift der StA vom 19.12.07 bezeichnet die Verhängung eines höheren Strafmaßes als Ziel der Berufung. Dies ist schon angesichts der konkreten Umstände des Verfahrens nicht überzeugend.

Die in der Hauptverhandlung von der StA beantragte Strafe weicht lediglich um einen Monat von der im Urteil verhängten Strafe ab. Diese geringfügige Abweichung kann eine Berufungseinlegung der StA keinesfalls rechtfertigen. Die Behauptung, das Urteil, das auf eine zweimonatige Freiheitsstrafe erkannt hat, werde durch die StA mit der Berufung angefochten, weil diese das Strafmaß für zu gering erachte, während sie selbst in der Sitzung eine Freiheitsstrafe von drei Monaten beantragt hatte, erscheint geradezu absurd (zumal der Antrag der StA eine Bewährungszeit von zwei Jahren vorsah, das Urteil des AG Zittau jedoch eine dreijährige Bewährungszeit aussprach). Darüberhinaus würde sich auch die von der StA beantragte dreimonatige Freiheitsstrafe im Hinblick auf die in § 32 Abs. 2 Nr. 5 lit. b BZRG genannte Grenze qualitativ nicht anders darstellen als dies bei dem ausgeworfenen Strafmaß der Fall ist. Aus meiner langjährigen Berufserfahrung kann ich mit Sicherheit behaupten, dass unter normalen Umständen eine objektiv, an der Sache orientiert und mit angemessener emotionaler Distanz handelnde Staatsanwaltschaft in einer solchen Konstellation niemals auch nur auf den Gedanken käme, von einem Rechtsmittel Gebrauch zu machen.

Die Berufungseinlegung widerspricht auch klar den für die StA geltenden rechtlichen Vorgaben für die Einlegung von Rechtsmitteln. Nach Nr. 147 Abs. 1 S. 3 RiStBV ist ein Rechtsmittel zur Überprüfung des Strafmaßes vielmehr nur dann einzulegen, wenn die Strafe „in einem *offensichtlichen Missverhältnis* zu der Schwere der Tat“ steht. Dies ist hier aber ganz offensichtlich gerade nicht der Fall. Wenn schon die StA selbst in der Hauptverhandlung eine Freiheitsstrafe von drei Monaten mit Bewährung für angemessen gehalten hat (und, worauf noch einzugehen sein wird, auch laut Berufungsbegründung nach wie vor für

angemessen hält), kann bei der dann erfolgten Verhängung von zwei Monaten von einem „offensichtlichen Missverhältnis“ nicht die Rede sein.

Da insofern ein berechtigtes Interesse der StA an einer Anfechtung des Urteils nicht erkennbar war, hatte sich von vornherein der Eindruck aufgedrängt, dass die StA mit ihrer Berufung andere als die in der Rechtsmittelschrift angegebenen Ziele verfolgt, namentlich sich bei Einlegung des Rechtsmittels von der Erwägung hat leiten lassen, die durch eine Revision des Angeklagten – mit deren Einlegung man nach den Geschehnissen in der Hauptverhandlung vom 14.12.07 mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit hatte rechnen müssen – veranlasste Überprüfung der offensichtlichen massiven Verfahrensmängel, auf denen das Urteil beruht, verhindern zu wollen. Ausdrücklich bestätigt wurde dies in einem am 06.03.08 geführten Telefonat des Unterzeichnenden mit dem Leitenden Oberstaatsanwalt Uebele der Staatsanwaltschaft Görlitz. Dabei wurde das Aufrechterhalten der Berufung auf mehrere Gründe gestützt, die der LOStA Uebele nunmehr auch in einer Stellungnahme gegenüber der Generalstaatsanwaltschaft Dresden noch einmal schriftlich niedergelegt hat:

Zum Einen erklärte der LOStA Uebele, dass bei der Staatsanwaltschaft generell die Neigung bestehe, gegen eine Sprungrevision des Angeklagten Berufung einzulegen, insbesondere dann, wenn die Revision überwiegend verfahrensrechtliche Rügen enthalte. Dies ist jedoch keine legitime Motivation für eine Anfechtung des Urteils durch die StA und widerspricht ganz klar den Vorgaben, an die sich eine StA bei der Einlegung von Rechtsmitteln zu halten hat: Die Tatsache allein, dass ein anderer Beteiligter ein Rechtsmittel eingelegt hat (oder einlegen wird), ist für den Staatsanwalt kein hinreichender Grund, das Urteil ebenfalls anzufechten, vgl. Nr. 147 Abs. 1 S. 4 RiStBV. Soweit in der Stellungnahme des LOStA Uebele gegenüber der GenStA Dresden darauf abgestellt wurde, dass die Aussage nicht auf die StA Görlitz bezogen erfolgt sei, mag es sein, dass der Wortlaut etwa „bei uns“, „hier bei der Staatsanwaltschaft“ o.ä. lautete. Soweit sich diese Aussage tatsächlich nicht auf die Staatsanwaltschaft Görlitz beziehen und damit beschränken sollte, so hatte der LOStA Uebele ggf. „die Staatsanwaltschaft als solche“ im Sinne, was die Aussage letzten Endes noch schlimmer erscheinen ließe, da damit angedeutet würde, dass die Staatsanwaltschaften, mit denen der LOStA Uebele bisher Berührungen hatte, *generell* eine solche (rechtswidrige) Verfahrensweise pflegen würden. Anwaltlich versichert wird in jedem Fall, dass die Aussage als solche, ob nun auf die Staatsanwaltschaft in Görlitz beschränkt oder nicht, gefallen ist.

Eine dahingehende Überlegung, Berufung einzulegen, um eine Überprüfung von Verfahrensverstößen zu verhindern, die mit einer Sprungrevision gerügt werden, verbietet sich für die Staatsanwaltschaft aber auch schon aus dem Legalitätsprinzip. Denn die Staatsanwaltschaft ist gerade nicht Partei im Strafprozess; sie hat das Gericht in seinem Bemühen um die richtige Rechtsanwendung zu unterstützen, gleichzeitig aber auch im Rahmen des Zulässigen dazu beizutragen, dass der Bürger zu seinem Recht

kommt (Meyer-Goßner, StPO, vor § 141 GVG, Rd. 8). Nur so wird die Staatsanwaltschaft der ihr übertragenen Funktion als „Wächter des Gesetzes“ (Meyer-Goßner, StPO, Einl., Rd. 87) gerecht.

Daraus folgt: Entweder teilt die StA die Auffassung des Revisionsführers, dass es zu den behaupteten Verfahrensverstößen gekommen ist – dann sollte es im Sinne einer rechtmäßig handelnden Staatsanwaltschaft sein, sich ggf. sogar der Revision des Angeklagten anzuschließen, jedenfalls aber selbst ein Interesse an einer revisionsrechtlichen Überprüfung (und damit auch generellen Klarstellung für zukünftiges Handeln des Amtsgerichts) zu haben. Oder aber die Staatsanwaltschaft hält die Revision für unbegründet – in diesem Falle kann sie ihr entgegentreten. Weiteren Raum, etwa für ‚taktische‘ Rechtsmitteleinlegungen der Staatsanwaltschaft, gibt das Legalitätsprinzip nicht her.

Dies gilt insbesondere auch für die in diesem Zusammenhang durch den LOStA Uebele sowohl in dem Telefonat vom 06.03.08 als auch in seiner schriftlichen Stellungnahme geäußerte Erwägung, das im Ergebnis für richtig gehaltene Urteil deshalb mit der Berufung anzufechten und dem Angeklagten damit von vornherein die Möglichkeit der Revisionsanfechtung zu nehmen, da durch eine Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung der Sache wegen „eines bloßen Verfahrensmangels“ letztlich „niemandem gedient“ sei, wofür auch verfahrensökonomische Gründe sprächen. Grundsätzlich ist hierauf jedoch wiederum auf das Legalitätsprinzip zu verweisen, dem die Staatsanwaltschaft verpflichtet ist, welches – in Verbindung mit der Konkretisierung in Nr. 147 Abs. 1 S. 4 RiStBV – die StA hindert, auf derartige Überlegungen zurückgehende Rechtsmittel einzulegen. Auch das Strafverfahrensrecht ist Recht, das es zu beachten gilt; auf deren Einhaltung hinzuwirken gehört daher zu den unmittelbaren Aufgaben der Staatsanwaltschaft.

Dabei führt bei weitem nicht jeder Verfahrensverstoß unmittelbar zur Aufhebung eines Urteils. Die Befürchtung also, Urteile würden auf Grund letztlich unerheblicher Verfahrensfehler der Aufhebung unterliegen, geht von vornherein ins Leere. Bereits nach dem Gesetz kommt eine Aufhebung vielmehr nur dann in Frage, wenn das Urteil auf dem Verstoß auch beruht, dieser sich also auch im Ergebnis zumindest niedergeschlagen haben kann. Weiterhin haben die Revisionsgerichte selbst eine Vielzahl an Voraussetzungen und Einschränkungen formuliert, denen die Revisibilität von Verfahrensrecht unterliegt. Eines taktischen Eingreifens der Staatsanwaltschaft durch so motivierte Rechtsmitteleinlegungen zum Schutz der Obergerichte vor „unnützen“ Revisionseinlegungen bedarf es also von vornherein nicht. Darüber hinaus muss die Staatsanwaltschaft, soweit sie „verfahrensökonomische Gründe für eine Aufrechterhaltung der Berufung“ sprechen lassen möchte, selbst davon ausgehen, dass die Revision in dieser Sache erfolgreich verlaufen würde (wovon auf Grund der extremen Vorkommnisse in der Hauptverhandlung vom 14.12.2007, die dem Verfahren nicht einmal mehr den Anstrich der Rechtsstaatlichkeit zukommen ließen, ohnehin sicher auszugehen ist). Denn wenn die Staatsanwaltschaft meinen würde, dass die mit der Revision vorgebrachten erheblichen Vorwürfe ins Leere gingen, wäre nach diesem Rechtsmittel das Verfahren beendet und das erstinstanzliche Urteil rechtskräftig – unter „verfahrensökonomischen“ Gesichtspunkten sicherlich ein Weg, der einer Berufung mit ggf. sich anschließender Revision vorzuziehen wäre. „Verfahrensökonomische Gründe“ heißt hier also im Klartext: Die Staats-

anwaltschaft hat erkannt, dass die Hauptverhandlung sich nicht mehr im Ansatz an rechtsstaatlichen Grundsätzen orientiert hat, aber sie führt – inzwischen auch schriftlich! – an, dass die Berufung gerade mit dem Ziel verfolgt werde, die Überprüfung dieser Vorgänge und damit die Zurückverweisung an das Amtsgericht verhindern zu wollen!

In dem hier anstehenden Fall gilt, worauf mit Nachdruck hinzuweisen ist, dass die mit der Revision des Angeklagten ausgeführten Verfahrensrügen nicht nur weit davon entfernt sind, „unerheblich“ zu sein, sondern geradezu das Gegenteil von Unerheblichkeit darstellen. Die Revision des Angeklagten macht mehrfache massive Verfahrensverstöße des Amtsgerichts geltend, unter anderem:

- die Beteiligung eines befangenen Richters an der Urteilsfindung;
- Verstöße gegen den Grundsatz des fairen Verfahrens;
- die Beschränkung der Verteidigung in einem wesentlichen Punkt;
- die Entziehung des gesetzlichen Richters durch Kompetenzüberschreitung bei der Bescheidung von Befangenheitsanträgen.

Im Zusammenhang mit dem in der Hauptverhandlung vom 14.12.07 überraschenden Ausschluss der Verteidigung ist noch darauf hinzuweisen, dass inzwischen das Landgericht Görlitz auf die hiergegen eingelegte Beschwerde die Zulassung mit Beschluss vom 04.04.08 wieder erteilt hat. Nach den in der Entscheidung des Landgerichts genannten Gründen der erneuten Zulassung besteht kein Zweifel mehr, dass die überraschende Rücknahme der Verteidigerzulassung auch tatsächlich eine unzulässige Beschränkung der Verteidigung darstellt, wie dies die Revisionsbegründung des Angeklagten bereits zuvor geltend gemacht hat.

In dem Telefonat vom 06.03.08 und schriftlich in seiner Stellungnahme gegenüber der GenStA Dresden hat der LOStA Uebele weiterhin erklärt, es gäbe Fälle (und dieser gehöre, nach allem, was er über die Hauptverhandlung gehört habe, dazu), in denen sich die StA (durch Einlegung einer Berufung zwecks Verhinderung einer Revision des Angeklagten) dazu gehalten sehe, „den Amtsrichter zu schützen“ (!) – eine Äußerung, die richtig verstanden nichts anderes bedeutet, als eine völlige Verabschiedung vom Rechtsstaatsgedanken, heißt dies letztlich doch nichts anderes, als dass die StA meint, einen Richter am Amtsgericht vor der Rüge des Oberlandesgerichts, sich in Zukunft wieder an Recht und Gesetz halten zu müssen, schützen zu wollen. Wenn die Staatsanwaltschaft hier also – in diesem Sinne „berechtigt“ – die Befürchtung hegt, dass die erhobenen Rügen möglicherweise durchgreifen würden und das Urteil einer Überprüfung durch das Oberlandesgericht nicht standhalten könne, ist es offensichtlich nicht der Amtsrichter, sondern vielmehr der Angeklagte als Rechtsuchender, der des Schutzes bedarf.

Es ist überhaupt kein Fall denkbar, in dem ein Richter des Schutzes vor einer berechtigt erhobenen Revisionsrüge bedürfte! Eine solche Äußerung eines Leitenden Oberstaatsanwalts ist nichts anderes als

eine Bankrotterklärung einer Justiz, die sich nicht mehr an Recht und Gesetz zu halten müssen glaubt, sondern vielmehr eher von den scheinbar getroffenen persönlichen Befindlichkeiten eines Amtsrichters leiten lässt.

Soweit auf den angeblich „durch die drei Verteidiger des Angeklagten geschürten überaus konflikthaften Verlauf der seinerzeitigen Hauptverhandlung“ abgestellt wird, ist dies eine weitere völlig unerträgliche Verdrehung der Tatsachen: Geschürt wurde zunächst gegenüber dem Angeklagten der massive Verdacht der Voreingenommenheit des Richters, in dem dieser die Hauptverhandlung gegen einen erklärten Pazifisten in einer Atmosphäre durchzuführen gedachte, die eher an einen Prozess gegen einen hochgefährlichen Kriegsverbrecher erinnert. Die unzulässige Verwerfung des entsprechenden Ablehnungsantrags der Verteidiger, die (inzwischen vom Landgericht festgestellte) unzulässige Entziehung der Zulassung der Verteidiger und die unterbrechungsfreie Durchführung der Hauptverhandlung gegen den überraschend unverteidigten Angeklagten sind Handlungen, die äußerst zurückhaltend formuliert als konfliktschürende Maßnahmen des Richters am Amtsgericht Ronsdorf bezeichnet werden dürften. Letzten Endes ist aber mit der Revision ganz nüchtern die Rechtsfrage zu klären, ob durch die Vorgehensweise des Richters „das Urteil auf einer Verletzung des Gesetzes beruhe“. Genau hiervon geht offensichtlich auch die Staatsanwaltschaft selbst aus, geht aber soweit, dass sie meint, mit der (die Revision verhindernden) Berufungseinlegung den Richter, dessen Urteil „auf einer Verletzung des Gesetzes beruht“, „schützen“(!) zu müssen. Gerade die Offenheit, mit der hier die Staats- und, sich dem anschließend, die Generalstaatsanwaltschaft für das rechtswidrige Vorgehen des Richters am Amtsgerichts Zittau Partei ergreifen, lässt es dringend notwendig erscheinen, dass neben einer konkreten Anweisung zur Berufungsrücknahme generell Klarstellungen durch das Staatsministerium der Justiz erfolgen, nach denen ein solches Ereignis sich nicht wiederholen wird.

In dem hiesigen Verfahren ist dem Angeklagten in Form einer beispiellosen Missachtung seiner Rechte als Beschuldigter ganz handgreiflich erhebliches Unrecht geschehen. In der Spitze hat dies dazu geführt, dass gegen den Angeklagten eine Hauptverhandlung durchgeführt wurde, in der wesentliche Elemente eines rechtsstaatlichen Verfahrens vollständig abwesend waren. Insbesondere das Protokoll der Hauptverhandlung vom 14.12.07 ist ein beredtes Dokument dafür, welch ein Prozess dem Angeklagten hier gemacht worden ist. Man möchte kaum glauben, dass in einem „gestandenen“ Rechtsstaatsderartiges – auch unter kritikloser Mitwirkung eines Vertreters der Staatsanwaltschaft Görlitz, die in diesem Sinne bereits eine gewisse Mitverantwortung trug – noch möglich ist. Wenn sich die Staatsanwaltschaft nun schon nicht dazu durchringen kann, der Revision des Angeklagten – was nach der Lage der Dinge gem. Nr. 147 Abs. 3 Alt. 1 RiStBV eigentlich nahe liegen sollte – beizutreten und damit der Einhaltung elementarer Regeln des Verfahrensrechts zur Durchsetzung zu verhelfen, sollte sie sich der Überprüfung des amtsrichterlichen Vorgehens durch das Revisionsgericht jedenfalls nicht in den Weg stellen, indem es durch eine fadenscheinige Berufungseinlegung die Revision des Angeklagten faktisch verhindert. Ein solches Handeln erweckt den Eindruck, dass eine völlig unhaltbare Vorgehensweise des

Amtsgerichts gegenüber dem Angeklagten durch eine rechtsmissbräuchliche Einlegung von Rechtsmitteln vertuscht werden soll und damit die StA das klar rechtsfehlerhafte Handeln des Gerichts zu decken versucht.

Zu der konkreten Berufungsbegründung der Staatsanwaltschaft vom 29.01.08 sowie der Stellungnahme des LOStA Uebele gegenüber der GenStA Dresden sind daneben folgende Äußerungen veranlasst:

Soweit die StA den „bisherigen Prozessverlauf und das Auftreten des Angeklagten vor Gericht“ für eine schärfere Strafmaßforderung ins Feld führt, muss dem entschieden widersprochen werden. Die Berufungsbegründung der StA führt als Verhalten des Angeklagten in der Hauptverhandlung „**z.B.** seine Weigerung, sich bei Urteilsverkündung zu erheben“, an. Dies legt nahe, dass aus Sicht der StA noch weitere, hier nicht ausdrücklich genannte, Umstände im Verhalten des Angeklagten vorlägen, die eine Strafschärfung zu rechtfertigen in der Lage wären. Demgegenüber hatte es in der Hauptverhandlung aber neben der genannten Tatsache des Nichtaufstehens bei der Urteilsverkündung lediglich einen Angeklagten gegeben, der durchgehend geschwiegen hat, was als Strafschärfungsgesichtspunkt von vornherein ausscheidet.

Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass sowohl das Verhalten des Angeklagten bei der Urteilsverkündung (Nichtaufstehen) als auch sein durchgehendes Schweigen im Wesentlichen eine Reaktion auf die – mit der Revision unter anderem angegriffene – rechtlich unhaltbare Verfahrensweise des Vorsitzenden war, dem Angeklagten völlig überraschend seine Verteidigung zu nehmen und sodann die Hauptverhandlung ohne weiteres Zögern gegen den unverteidigten Angeklagten durchzuführen, wodurch die Verhandlung zur völligen Farce geriet.

Im Verhalten des Angeklagten während der Hauptverhandlung ist vielmehr kein einziger Anhaltspunkt erkennbar, der eine Strafschärfung rechtfertigen würde. Dies gilt insbesondere auch für die in der Berufungsbegründung angeführte Weigerung des Angeklagten, sich bei der Urteilsverkündung zu erheben. Die Frage, ob eine Pflicht zum Aufstehen vor Gericht überhaupt besteht, ist bereits im Zusammenhang mit der Sanktionierbarkeit über § 178 GVG höchst umstritten (ablehnend u.a. Sarstedt JZ 1969, 152; Roxin, Strafverfahrensrecht 25. Aufl. S. 386). Auch in dem hier vorliegenden Verfahren ist sie noch nicht abschließend geklärt, über die gegen das verhängte Ordnungsmittel erhobene Beschwerde ist noch nicht entschieden worden. Völlig absurd jedoch ist es, dies als „Nachtatverhalten“ werten zu wollen. Damit wird ein neues Strafzumessungskriterium geradezu aus der Luft gegriffen.

Schließlich wird in der Berufungsbegründung noch weiter ausgeführt, strafschärfend müsse auch berücksichtigt werden, dass der Angeklagte es zulasse, „dass der Prozess dazu benutzt wird, um die vermeintliche Unfähigkeit und Willkür des erkennenden Gerichts zu demonstrieren“. In aller Deutlichkeit heißt das nichts anderes als: Der Angeklagte hat – unter Verwendung zulässiger Mittel des Strafprozessrechts – sich zu sehr darüber beschwert (oder besser: er hat seine Verteidiger sich darüber be-

schweren lassen), dass die Verhandlung nicht in rechtsstaatlich geordneten Bahnen verlaufen ist. Und in der Tat: Der Angeklagte hat sich durch seine Verteidiger mehrfach gegen die massive Verletzung von Rechten des Beschuldigten zu wehren versucht. Was der StA daran jedoch einer Strafschärfung würdig erscheint, bleibt unerfindlich. Wenn ein Angeklagter meint, ein Gericht halte sich nicht an Recht und Gesetz, wird er das auch sagen und mit den gegebenen Möglichkeiten dagegen vorgehen dürfen. So ist das in einem Rechtsstaat. Auch hier werden Strafzumessungskriterien völlig frei erfunden.

Schließlich weist der LOStA Uebele noch einmal darauf hin, dass mit der Berufung „eine Freiheitsstrafe von drei bis sechs Monaten“ anvisiert werde, mithin eine Strafe, „welche die vom Amtsgericht ausgesprochene zweimonatige Freiheitsstrafe um das eineinhalb bis dreifache übersteigt“. Abgesehen davon, dass, wenn „3 - 6 Monate angemessen gewesen wären“ (Berufungsbegründung), eine Strafe von zwei Monaten eben gerade nicht in einem „offensichtlichen Missverhältnis“ i.S.d. Nr. 147 Abs. 1 S. 3 RiStBV zu der zu beantragenden Strafe stehen würde, ist zu betonen, dass die von der Staatsanwaltschaft für diese höhere Freiheitsstrafe angebrachten Argumente wie oben dargelegt rechtlich nicht im Ansatz haltbar sind. Vielmehr dienen die (rechtlich unhaltbaren) Überlegungen, die von der Staatsanwaltschaft zur Frage der Strafschärfung gemacht werden, offensichtlich nur dazu, eine „höhere Zahl“ ins Spiel zu bringen, um mit dieser Schutzbehauptung die angebliche Legitimität der Berufung begründen zu können. Die Stellungnahme des LOStA Uebele selbst zeigt allerdings auf, dass es hier „ums Prinzip“ geht, und die sachliche Beurteilung des konkreten Falles keine Rolle spielt:

Der LOStA Uebele erklärt, dass ihm zum Zeitpunkt des Telefonats mit dem Unterzeichner „nicht bekannt war“, dass „seitens der Verteidigung mittlerweile eine über 100-seitige Revisionsbegründungsschrift eingereicht worden war“ (tatsächlich handelt es sich um eine 64-seitige Begründung); auch sei ihm „der Wortlaut der staatsanwaltschaftlichen Berufungsbegründung nicht bekannt“ gewesen. Obwohl der LOStA Uebele also weder das Revisionsvorbringen der Verteidigung und damit deren Sicht der Vorgänge um den 14.12.07 herum kannte, und obwohl ihm nicht einmal die Berufungsbegründung der Staatsanwaltschaft bekannt war, lehnte er „freundlich aber bestimmt eine Berufungsrücknahme der Staatsanwaltschaft“ ab! Was ihm allerdings bekannt war, waren die Erzählungen des Sitzungsvertreters der Staatsanwaltschaft, vor deren Hintergrund der LOStA Uebele bereits in dem Telefonat meinte, den Richter „schützen“ zu müssen. Dies macht in allerhöchster Deutlichkeit klar, dass sich der LOStA Uebele bei der Frage der Rechtsmitteleinlegung bzw. -rücknahme zu keinem Zeitpunkt von den Kriterien hat leiten lassen, die ihm durch die RiStBV vorgegeben sind.

Nach alledem stellt sich die Aufrechterhaltung der Berufung der StA lediglich als ein Mittel dar, um die revisionsrechtliche Überprüfung offensichtlicher und schwerwiegender Verfahrensmängel zu verhindern, ohne mit diesem Rechtsmittel daneben eigene legitime Zwecke zu verfolgen. Gerade dies ist einer Staatsanwaltschaft in den Grenzen des Rechtsstaates jedoch ausdrücklich verwehrt. Unter den gegebenen Umständen stellt sich die Anfechtung des Urteils durch die StA daher als klarer Fall eines Missbrauchs des Rechtsmittels dar.

Ich wende mich daher nun an Sie mit der Bitte, den Vorgang zu überprüfen und im Wege einer Weisung diese Entscheidung zu korrigieren. Die hier im Schreiben angesprochenen Schriftstücke werden als Anlage beigegeben. Für Rückfragen Ihrerseits stehe ich jederzeit zur Verfügung. Sollte ich bis zum 06.06.08 nichts von Ihnen hören, erlaube ich mir, Sie in dieser Sache noch einmal telefonisch zu kontaktieren.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Werner
Rechtsanwalt

Anlagen:

- Protokoll der Hauptverhandlung vom 14.12.07
- Urteil des Amtsgerichts Zittau vom 14.12.07
- Berufungseinlegung der StA Görlitz vom 19.12.07
- Berufungsbegründung der StA Görlitz vom 29.01.08
- Schreiben des Unterzeichnenden an den LOStA der StA Görlitz vom 28.03.08
- Schreiben des LOStA an den Unterzeichnenden vom 02.04.08
- Schreiben des Unterzeichnenden an den GenStA Dresden vom 16.04.08
- Schreiben der GenStA Dresden an den Unterzeichnenden vom 08.05.08